

Wahlprüfstein DIE LINKE

Zentralverband Gartenbau
Claire-Waldorf-Str. 7
10117 Berlin

DIE LINKE zum Gartenbau

1. Das haben wir in der vergangenen Legislaturperiode für den deutschen Gartenbau erreicht.

Ein wichtiges Thema war die Rückforderung der von der EU nicht genehmigten Heizölbeihilfe für Gartenbaubetriebe. Die LINKE hat sich für eine Lösung eingesetzt, die für die ohne eigene Schuld betroffenen Betriebe tragfähig ist. Zudem hat sich die LINKE ausdrücklich für eine Berücksichtigung der Interessen des Gartenbaus bei der Novellierung des Agrarsozialen Systems eingesetzt. Die Einbeziehung des Gartenbaus in die 1. Säule der Förderung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik wurde von den LINKEN unterstützt.

Der Entwurf zur Novellierung der EU-Öko-Verordnung hätte gerade für die Betriebe in Deutschland gravierende Nachteile gebracht. In einer intensiven parlamentarischen Diskussion konnte erreicht werden, dass die für Deutschland nachteiligen Regelungen aus der Verordnung gestrichen wurden.

Im Ergebnis der Novellierung der europäischen Pflanzenschutzrichtlinie sind für Deutschland tragbare Regelungen erreicht worden, die die LINKE unterstützt hat, weil eine deutlich verbesserte Harmonisierung in Europa bei Zulassung und Handel von Pflanzenschutzmitteln erreicht wird.

Weiterhin hat die LINKE die Ausweitung der betrieblichen Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (GAK) und der Novellierung des Energie-Einspeise-Gesetzes unterstützt. Die Verbesserung der Vergütungsregelung für die Abwärmenutzung bei der Stromerzeugung durch Biogas kommt dabei insbesondere den deutschen Gartenbaubetrieben zu Gute.

2. Das werden wir für die deutschen Gärtnerinnen und Gärtner in Angriff nehmen.

Der Gartenbau in Deutschland ist geprägt durch kleine und mittlere Unternehmen, die zumeist Wertschöpfung in Produktion und Vermarktung in der jeweiligen Region erzielen. Damit sind für die LINKE die Gartenbaubetriebe wichtige Faktoren in der regionalen Wirtschaft in den ländlichen Räumen, die gefördert und erhalten werden müssen. Dafür müssen faire, kostendeckende Erzeugerpreise erzielbar sein. Die Rechtsposition der Gartenbaubetriebe gegenüber dem Einzelhandel muss dafür gestärkt werden. Regionale Absatzförderung und die Förderung der von Erzeugergemeinschaften bzw. Genossenschaften sind für DIE LINKE von großer Bedeutung.

Der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland und Europa ist eine zentrale Forderung der

LINKEN. Mit gesetzlichen Mindestlöhnen und der Anhebung der Hartz IV Regelsätze wird auch die regionale Kaufkraft gestärkt.

Die LINKE setzt sich dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die Betriebe, zum Beispiel in der Besteuerung von Betriebsmitteln, harmonisiert werden. Dazu gehört die Möglichkeit für Gartenbaubetriebe, steuerfreie Rücklagen bilden zu können, um gegen Ertrags- und Marktrisiken besser abgesichert zu sein.

Die betriebliche Förderung im Rahmen der europäischen Agrarförderung muss erhalten bleiben, dabei sind ökologische und soziale Kriterien in Zukunft zu verstärken.

Die LINKE setzt sich für die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ein. Gesetzliche Mindestlöhne müssen harmonisiert werden.